

Wir lehren die Welt“: Der Niedergang und Fall von James Madisons Vision eines säkularen Staates in den Vereinigten Staaten

Rob Boston (Americans United for Separation)

James Madison ist eine der wichtigsten Figuren der amerikanischen Geschichte – insbesondere im Hinblick auf die Trennung von Kirche und Staat und die säkulare Regierung.

Viele Menschen denken bei der Trennung von Religion und Regierung in Amerika zuerst an Thomas Jefferson – und das zu Recht. Schließlich verfasste Jefferson das Virginia Statute for Religious Freedom, das die staatliche Unterstützung der anglikanischen Kirche in Virginia beendete und die Religionsfreiheit für alle garantierte. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass das Gesetz von Virginia nur Worte auf Pergament geblieben wäre, hätte Madison es nicht 1786 auf die Tagesordnung der Legislative gesetzt, um ihm Gesetzeskraft zu verleihen.

Im Jahr 1802 sprach Jefferson eloquent über den Ersten Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten, der eine „*Trennmauer zwischen Kirche und Staat*“ schuf, aber nur dank Madison haben wir diesen Ersten Zusatzartikel. Madison integrierte die Grundsätze des Statuts von Virginia – keine offizielle Kirche und Religionsfreiheit für alle – in den ersten Zusatzartikel. Madison war einer der Hauptverfasser des ersten Zusatzartikels und tatsächlich der gesamten Verfassung. In Amerika ist er als „*Vater der Verfassung*“ bekannt.

Madison wusste, dass die Mitwirkung an der Gründung der Vereinigten Staaten eine bedeutende Leistung war, eine, die sein Vermächtnis ausmachen würde. Während seines Ruhestands korrespondierte Madison mit vielen Freunden und Bekannten. In einem Brief vom 10. Juli 1822 an Edward Livingston bemerkte Madison: „*Wir lehren die Welt die große Wahrheit, dass Regierungen ohne Könige und Adlige besser funktionieren als mit ihnen. Der Verdienst wird durch die andere Lektion verdoppelt, dass die Religion ohne die Hilfe der Regierung in größerer Reinheit gedeiht.*“

Die Vereinigten Staaten waren 1822 noch ein relativ junges Land. Unsere Verfassung war erst seit 33 Jahren in Kraft. Dennoch zögerte Madison nicht zu erklären, was wir der Welt lehrten. Er war eindeutig der Meinung, dass unsere Vorgehensweise es wert war, in andere Nationen exportiert zu werden.

„*Wir lehren die Welt.*“ Heute denke ich oft an Madisons Worte. Zu Madisons Zeiten wagte eine junge, mutige Nation, der Welt zu sagen, dass es keinen König geben sollte. Sie propagierte die radikale Idee der Trennung von Religion und Staat. Das haben wir der Welt gelehrt.

Was lehren wir die Welt heute? Ganz andere Dinge, wie mir scheint: dass Fakten keine Bedeutung haben und wie Knetmasse geformt werden können. Dass die Realität dadurch definiert wird, was ein Machtanwärter sagt. Dass man den Beweisen, die man mit eigenen Augen sieht, keinen Glauben schenken muss – das heißt, dass wir wissenschaftliche Beweise nicht respektieren müssen. Dass die Mächtigen, die Mehrheit, sich allein aufgrund ihrer Anzahl mehr Rechte zusprechen als andere. Dass manche Amerikaner minderwertig sind.

Wir sind heute hier zu einem feierlichen Anlass zusammengekommen: um den 120. Jahrestag der französischen Laizität zu begehen. Ich gratuliere Ihnen herzlich zu diesem Meilenstein, kann jedoch nicht umhin, eine Ironie festzustellen: Die Vereinigten Staaten, die Pioniere des Konzepts der säkularen Regierung waren und es in andere Länder exportiert haben, geben diesen Grundsatz nun rasch auf.

Unsere Lage ist ernst, und es ist meine traurige Pflicht, Ihnen heute mitzuteilen, dass Sie nicht mehr darauf zählen können, dass die Vereinigten Staaten der Welt den Wert einer säkularen Regierung vermitteln. Diese Lektion müssen andere Nationen wie Frankreich übernehmen.

Unsere unglückliche Lage ist Donald Trump zuzuschreiben. Als Trump 2016 zum ersten Mal gewählt wurde, hielt ich das für einen Glücksfall. In unserem komplizierten System gelang es Trump, einen Sieg im Wahlkollegium zu erringen, obwohl die Mehrheit der Amerikaner nicht für ihn gestimmt hatte. Aber 2024 stimmte eine Mehrheit für ihn. Sie stimmten für ihn, obwohl sie genau wussten, dass er absolut keinen Respekt vor unserer Demokratie hat. Sie haben für ihn gestimmt, obwohl sie wussten, dass er am 6. Januar 2021 eine Menschenmenge dazu angestiftet hatte, das Kapitol der Vereinigten Staaten zu stürmen. Sie haben

für ihn gestimmt, obwohl sie wussten, dass er unhöflich, intellektuell begrenzt und ohne jegliche Ethik ist. Sie haben für ihn gestimmt, obwohl sie wussten, dass er ein Sexualstraftäter ist.

Das Ergebnis ist, dass unsere Demokratie ins Wanken geraten ist. Panzer und bewaffnete Soldaten patrouillieren in unseren Großstädten. Menschen mit der „falschen“ Hautfarbe – also Schwarze oder Braune – werden von maskierten Bundesbeamten von den Straßen geholt und an unbekannte Orte gebracht. Trump und seine Verbündeten schließen ganze Bereiche der Bundesregierung. Neofaschisten schmieden offen Pläne, um die Wahlen zu manipulieren und sich für eine Generation an der Macht zu halten. Trumps vermeintliche Feinde werden fiktiver Verbrechen beschuldigt und vor Gericht gestellt. Währenddessen sieht der Oberste Gerichtshof tatenlos zu und unternimmt nichts.

Zwei Formen des Faschismus – und ich zögere nicht, diesen Begriff zu verwenden – plagen unsere Nation. Die eine wird von einer Klasse von Millionären/Milliardären repräsentiert, die sich weigern, Steuern zu zahlen, und der Meinung sind, dass unsere Regierung im Wesentlichen nichts anderes tun sollte, als Ressourcen an sie umzuleiten. Die andere ist die der theokratischen Faschisten, die danach streben, die fundamentalistische Auslegung des Christentums zur *de facto* offiziellen Religion der Vereinigten Staaten zu machen.

Diese beiden Lager haben sich zusammengeschlossen, um unsere Demokratie zu stürzen. Die Ergebnisse ihrer Handlungen sind leicht zu erkennen: Frauen haben in mehreren Bundesstaaten bereits das Recht auf legale Abtreibung verloren. Die Rechte von Mitgliedern der LGBTQ-Gemeinschaft, insbesondere von Transgender-Amerikanern, werden nach und nach ausgehöhlt. Die Diskriminierung von Nichtchristen und Nichtgläubigen ist in vielen Fällen mittlerweile kulturell und rechtlich akzeptiert. Bücher werden aus öffentlichen Bibliotheken entfernt, und mehrere Bundesstaaten versuchen, offen religiöse Darstellungen, darunter riesige Plakate mit den Zehn Geboten, in unseren öffentlichen Schulen durchzusetzen. Milliarden von Dollar werden aus unseren öffentlichen Schulen abgezogen und an private religiöse Schulen transferiert, die keinerlei Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit haben, die sie finanzieren muss.

Ich habe die letzten Monate damit verbracht, in verschiedenen Regionen der Vereinigten Staaten zu sprechen, von Colorado und Texas bis Iowa und Missouri. Überall, wo ich hinkomme, fragen mich die Leute: Was können wir tun? Das Problem ist, dass es keine einfache Antwort gibt. Die Vorteile der Demokratie und einer säkularen Regierung scheinen selbstverständlich zu sein. Aber wenn die Menschen sie aus irgendeinem Grund abgelehnt haben, lassen sie sich nicht so leicht wiederherstellen.

Ich bin mir nicht sicher, in welche Richtung sich mein Land entwickelt. Früher dachte ich, dass unsere demokratischen Normen und Traditionen stark genug sind, um den aktuellen Herausforderungen standzuhalten. Davon bin ich nicht mehr überzeugt. Irgendetwas muss nachgeben. Ich hoffe, dass das, was wir in Amerika durchmachen, nicht mit massiver Gewalt und vielen Todesfällen einhergeht – obwohl wir bereits erste Anzeichen dafür sehen. Ich kann nur hoffen, dass das, was aus der Asche entsteht, eine bessere Zukunft verspricht.

In diesem Sinne habe ich einige Gedanken darüber zusammengetragen, was wir in den Vereinigten Staaten tun müssen – vorausgesetzt, wir überstehen die aktuelle Situation.

Zunächst einmal brauchen wir in unserer Verfassung ausdrückliche Verweise auf die Trennung von Religion und Staat und auf eine säkulare Regierung, einschließlich der Begriffe „*Trennung von Kirchen und Staat*“ und „*säkulare Regierung*“. Wir brauchen auch eine klare Erklärung, dass unsere Gesetze auf säkularen und rationalen Begründungen beruhen müssen, was der Oberste Gerichtshof früher akzeptierte, aber kürzlich aufgegeben hat.

Zweitens brauchen die Vereinigten Staaten ein System der sozialen Sicherheit und Unterstützung für Bedürftige, das vom Staat bereitgestellt wird und nicht in religiösen Gemeinschaften verankert ist. Unsere Hilfe für Bedürftige muss vom Staat bereitgestellt werden, und sie muss säkular sein.

Drittens muss jede Unterstützung der Steuerzahler für die religiöse Bildung abgeschafft werden. Religiöse Schulen haben das Recht zu existieren, aber sie haben nicht das Recht, andere zu zwingen, ihren Unterhalt zu finanzieren. Viele religiöse Schulen vermitteln falsche Vorstellungen von Wissenschaft und Geschichte.

Viele predigen Intoleranz und lehnen die Grundrechte von Frauen, religiösen Minderheiten und Mitgliedern der LGBTQ-Gemeinschaft ab. Viele lehnen die Demokratie ab. Es liegt nicht im Interesse des Staates, solche Institutionen zu unterstützen.

Viertens muss unsere Verfassung ausdrückliche Schutzbestimmungen für die reproduktive Freiheit enthalten, einschließlich des Rechts auf legale Abtreibung, und gleiche Bürgerrechte für Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft garantieren, einschließlich des Rechts auf Eheschließung.

Fünftens müssen alle Formen dessen, was wir in Amerika als „Zivilreligion“ bezeichnen, beendet werden. Das bedeutet, die Verwendung von „In God We Trust“ als nationales Motto zu beenden, es von den Geldscheinen zu entfernen und den Ausdruck „unter Gott“ aus dem Treueeid zu streichen.

Sechstens müssen Politiker aufhören zu predigen. Das ist nicht ihre Aufgabe. Bei einer Veranstaltung im Bibelmuseum in Washington, D.C., im September erklärte Trump: „Als Präsident werde ich immer das glorreiche Erbe unserer Nation verteidigen, und wir werden die jüdisch-christlichen Grundsätze unserer Gründung schützen. Wir müssen die Religion nach Amerika zurückbringen – stärker denn je.“

In einem säkularen Staat sollte es kein Ziel eines Politikers sein, die Religion „zurückzubringen“. Die Menschen sind durchaus in der Lage, selbst zu entscheiden, welchen Platz sie der Religion in ihrem Leben einräumen möchten. Wann, ob, wo und wie wir unseren Glauben ausüben, geht die Regierung nichts an.

Schließlich müssen wir die in Amerika weit verbreitete Vorstellung hinterfragen, dass Religion eine Sonderbehandlung verdient. Viele Religionen predigen Intoleranz, einige rechtfertigen sogar Gewalt gegen Andersgläubige. Der Staat muss zwar die Gewissensfreiheit respektieren, aber er darf nicht schweigen, wenn Glaubensbekundungen darauf abzielen, anderen ihre Rechte zu nehmen oder bestimmten Personen oder der Gesellschaft insgesamt Schaden zuzufügen.

In den Vereinigten Staaten lernen wir auf schmerzhafte Weise, was passieren kann, wenn religiöse Gruppen sich über das Gesetz stellen. Während der COVID-19-Pandemie weigerten sich einige Glaubensgemeinschaften, Vorschriften einzuhalten, die zum Schutz aller gedacht waren. Als Impfstoffe verfügbar wurden, schlossen sie sich absurden Verschwörungstheorien an und bekämpften lebenswichtige Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit.

Denken Sie auch an den Sturm auf unser Kapitol am 6. Januar 2021. Wenn Sie sich Bilder dieses Ereignisses ansehen, fällt Ihnen etwas Interessantes auf: Viele Mitglieder der Menschenmenge schwenkten Kreuze oder hielten Bibeln hoch. Ihre extremen religiösen Überzeugungen veranlassten sie dazu, Gewalt anzuwenden und Chaos zu verteidigen. Konfrontiert mit einer lächerlichen Verschwörungstheorie – wonach Trump die Wahl 2020 gestohlen worden sei – fehlten ihnen die intellektuellen Werkzeuge, um die Informationen zu verarbeiten und zur Wahrheit zu gelangen.

Das ist vielleicht die größte Herausforderung, vor der Amerika derzeit steht: Eine beträchtliche Anzahl unserer Bürger verfügt nicht über ausreichende intellektuelle Fähigkeiten, um sich gegen Unsinn zu wappnen. Und viele dieser Bürger sind religiöse Extremisten.

Trotz meines Pessimismus habe ich weiterhin Hoffnung für die Zukunft, denn ich kenne mich ein wenig mit Geschichte aus und weiß, dass Tyrannen oft nicht ewig regieren. Sie fallen unweigerlich irgendwann.

Nur vier Jahre bevor Madison über die Lehre an die Welt schrieb, verfasste Percy Bysshe Shelley das Gedicht „Ozymandias“, in dem *„ein Reisender aus einem alten Land“* erzählt, was er in einer vergessenen Wüste gesehen hat: ein zerfallenes Monument – *„zwei riesige Steinbeine ohne Rumpf“* – begleitet von einer Warnung an alle: *„Betrachtet meine Werke, ihr Mächtigen, und verzweifelt.“*

Glauben Sie mir, es gibt Tage, an denen viele von uns in Amerika die Werke der derzeitigen Regierung betrachten und nur Verzweiflung empfinden können.

Aber erinnern wir uns an den Kontext von Shelleys Gedicht. Die Statue des Tyrannen, der so sicher war, ewig zu regieren, wird, wie Shelley uns erzählt, halb im Sand vergraben in einer dunklen Ecke gefunden – *„Nichts anderes ist übrig geblieben“*, schreibt Shelley. *„Um die kolossale, grenzenlose und kahle Ruine herum erstreckt sich der einsame, flache Sand, so weit das Auge reicht.“*

Tyrannen fallen. Ihre Werke, ihre grandiosen Monumente – und ihre Lügen – brechen schließlich zusammen

oder werden zerstört.

Wir sehen derzeit Anzeichen dafür in den Vereinigten Staaten. Trumps Beliebtheitswerte sind auf einem Tiefpunkt angelangt und dürften sich weiter verschlechtern, da die Amerikaner die negativen Auswirkungen seiner unfähigen Wirtschaftspolitik zu spüren bekommen. Im ganzen Land brechen Proteste aus. Millionen von Menschen haben sich daran beteiligt, ich eingeschlossen.

Die metaphorische Zerstörung des schändlichen Gebäudes, das der Betrüger im Weißen Haus und seine Gefolgsleute errichtet haben, wird stattfinden, es ist nur eine Frage der Zeit. Ich bin frustriert, wenn ich daran denke, dass 38 Jahre meiner Arbeit von einem Mann von solcher Mittelmäßigkeit und ohne jegliche Kultur zunichte gemacht wurden. Aber dann erinnere ich mich an zwei Dinge: Erstens hat Trump nicht allein gehandelt. Er wurde von reichen und mächtigen Menschen unterstützt, die viel intelligenter sind als er und die mein Land grundlegend verändern wollen.

Zweitens erinnere ich mich daran, dass es niemals eine Last ist, ein wichtiges Verfassungsprinzip wie die Trennung von Kirche und Staat zu verteidigen. Tatsächlich ist es eine Ehre, ein Privileg. Ich hatte das Glück, dies so lange tun zu dürfen. Es gibt weitaus weniger sinnvolle Möglichkeiten, sein Leben zu verbringen.

Und ich möchte eines klarstellen: Auf meinem Weg war die Unterstützung von Freunden wie Ihnen, Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, von unschätzbarem Wert, und dafür danke ich Ihnen. Ich habe Sie in den letzten 23 Jahren oft hier in Paris getroffen. Nach unseren Treffen habe ich mich manchmal gefragt: „*Soll ich wirklich wieder dorthin zurückkehren?*“ Aber dann habe ich mich daran erinnert, dass Amerika nicht Donald Trump gehört, nicht den Plutokraten oder den religiösen Extremisten, die ihn über den Jesus erhoben haben, dem sie angeblich folgen. Amerika ist eine Idee. Eine gute Idee. Eine Idee, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Derzeit hält eine Bande kleinlicher, bössartiger und schädlicher Menschen Amerika in einem tödlichen Würgegriff und hofft, es zu Tode zu strangulieren. Die ehrlichen amerikanischen Bürger werden ihnen die Hände abreißen. Und wenn wir das geschafft haben, werden wir uns an die schwierige Aufgabe machen, unsere Demokratie wieder aufzubauen, insbesondere indem wir den säkularen Charakter des Staates festschreiben.

Aber während ich heute zu Ihnen spreche, im Bewusstsein der Realität, mit der wir in den Vereinigten Staaten konfrontiert sind, habe ich eine Aufgabe, die nicht angenehm, aber notwendig ist: Da die Vereinigten Staaten ihre Rolle als Unterstützer und Verteidiger einer säkularen Regierung aufgeben, ist es wichtig, dass andere Nationen diese Rolle übernehmen. Diejenigen unter Ihnen, die Länder vertreten, in denen die säkulare Regierung geschützt ist – und ich wende mich insbesondere an Sie, meine französischen Freunde –, müssen die Prinzipien des säkularen Staates mutig und ohne Entschuldigungen verteidigen. Und welcher Zeitpunkt wäre besser geeignet, uns erneut diesem wesentlichen Prinzip zu widmen, als jetzt, wo wir in dieser schönen Stadt zusammenkommen, um 120 Jahre französische Laizität zu feiern.

Sie haben Ihre Mission. Nun, meine Freunde, gehen Sie voran und lehren Sie im Geiste von James Madison die ganze Welt.

Robert Boston

Seniorberater

Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift *Church & State*
American United for Separation of Church and State